

# Liberaler Höhenflüge

## Eine „Watschen“ für die CSU

*18 Millionen Wähler übten bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 ihr Wahlrecht nicht aus. Das sind ebenso viele, wie die Wahlgewinner CDU, FDP und CSU zusammen auf sich vereinten. Insgesamt reichten Union und Liberalen 21 Millionen Stimmen (von 62 Millionen Wahlberechtigten), um die künftige Bundesregierung zu stellen. Eingebrochen ist die SPD, der seit 1998 ein Drittel der Wählerschaft davongelaufen ist. Davon profitieren Linke und Grüne, die ihren Stimmenanteil ausbauen konnten.*

Insbesondere bei der CSU gab es am Wahlabend lange Gesichter. Darüber tröstete auch das 100-Prozent-Ergebnis bei den Direktmandaten nicht. Alle 45 bayerischen Direktmandate fielen an die Christsozialen. Dabei hat die Strategie des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, Wahlkampf gegen den eigenen Koalitionspartner, die bayerische FDP zu betreiben, den Liberalen die Wähler in Scharen zugetrieben. Nachvollziehbar ist daher der Ärger vieler in der CSU, die bereits vor der Wahl darauf hingewiesen haben, dass diese Rechnung nicht aufgehen kann. Wenn CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt am Wahlabend von „Leihstimmen“ und der Parteivorsitzende von

„Stimmensplitting“ spricht, verkennen beide, dass die FDP mit dem klareren Konzept und der eindeutigeren Aussage zugunsten einer Regierungskoalition mit der Union bei Wählerinnen und Wählern punkten konnte.

Auf wen sich die Unions-Wähler in Bayern künftig einstellen, zeigt die „Hitparade“ der Wahlkreisabgeordneten mit dem besten Stimmergebnis. Hier rangiert Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg mit einem Stimmergebnis von über 68 Prozent an der Spitze, gefolgt von dem Vorsitzenden der Jungen Union, Stephan Mayer, der im Wahlkreis Altötting auf über 60 Prozent kam. Dagegen schnitt der Spitzenkandidat der CSU, Dr. Peter Ramsauer, in seinem Wahlkreis Traunstein fast zehn Prozentpunkte schlechter ab als 2005.

### **Weniger Staat, mehr Selbstverantwortung**

So ist es dem guten Ergebnis der Liberalen – vor allem auch in Bayern – zu verdanken, dass den Christsozialen das Mitregieren möglich ist und dass Angela Merkel auch in den nächsten vier Jahren „Kanzlerin aller Deutschen“ sein darf. Dass die Liberalen in Bayern sogar erstmals besser abschnitten als im Bundesdurchschnitt, hat nach Auffassung der Vorsitzenden, Sabine Leutheusser-



Angela Merkel, alte und neue Bundeskanzlerin

Schnarrenberger, damit zu tun, dass sich die „langjährige Aufbauarbeit, die gute Arbeit in der Staatsregierung und das klassisch liberale Profil“ auszahlen. So sei Bayern zu einer „FDP-Hochburg“ geworden. Leutheusser-Schnarrenberger, die dieses Ergebnis auch als persönlichen Erfolg werten darf, kündigte an, dass die FDP in der Bayerischen Staatsregierung künftig noch mehr politisches Gewicht einbringen werde.

Der künftigen Koalition auf Bundesebene schrieb BLZK-Präsident Michael Schwarz ins Stammbuch: „Nun müssen Merkel und Westerwelle dem Land eine neue Perspektive geben: weniger Staat, mehr Selbstverantwortung. Überbordende Bürokratie abbauen, Freiheitsrechte wiederherstellen. Neues Wachstum, um den Schuldenabbau zu ermöglichen. Neue Arbeitsplätze, um die Sozialsysteme zu stabilisieren. Mutige Reformen, auch gegen Widerstände.“



Foto: FDP

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger kündigt mehr liberales Gewicht in der Bayerischen Regierung an.

Dabei wies Schwarz darauf hin, dass für einen Neustart in der Gesundheitspolitik jede Menge Vorarbeit geleistet worden sei. „Ein ‚Weiter so‘ darf es hier nicht geben. Der Staat muss sich zurücknehmen. Länder, Kassen und Leistungsträger brauchen mehr Kompetenzen, um die Versorgung vor Ort zu organisieren.“

Der Gesundheitsfonds dürfe in seiner jetzigen Form nicht weitergeführt werden. „Finanzausgleich gehört ins Steuersystem, nicht in die Sozialsysteme.“

Redaktion

### Mehr Wahlfreiheit, mehr Selbstverantwortung:

#### Bayerische Landes Zahnärztekammer fordert Neustart in der Gesundheitspolitik

Nach dem Regierungswechsel fordert die Bayerische Landes Zahnärztekammer einen Neustart in der Gesundheitspolitik. „Wir brauchen weniger Staat und mehr Selbstverantwortung, weniger Bevormundung von Ärzten und Patienten und mehr Freiheitsrechte“, so Kammerpräsident Michael Schwarz am Montag in München. Zu den zentralen Forderungen der Zahnärzteschaft zähle auch die Abkehr von zentralistischen Maßregelungen wie dem einheitlichen Beitragssatz und dem Gesundheitsfonds. Schwarz: „Patienten und Versicherte wollen keine Staatsmedizin, sondern individuelle Beratung und Behandlung durch ihren Arzt oder Zahnarzt.“ Im Bereich der zahnärztlichen Berufsausübung müsse auf „Deregulierung“ gesetzt werden. Dabei ge-

höre das Sozialgesetzbuch V mit seinen vielen Einzelfallregelungen insgesamt auf den Prüfstand.

Die Bayerische Landes Zahnärztekammer, Berufsvertretung für mehr als 14 000 Zahnärztinnen und Zahnärzte im Freistaat, fordert außerdem eine „Demografie-Komponente“ für das Gesundheitswesen. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung könne es kein „Weiter so“ geben.

An den eigenen Berufsstand appellierte Kammerpräsident Michael Schwarz, dieses Zukunftskonzept in großer Geschlossenheit in die Politik hineinzutragen. „Die Herausforderungen sind gewaltig. Da sollte jeder seinen Beitrag leisten, damit das System wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden kann.“

Quelle: Pressemeldung der BLZK vom 28. September 2009

### Bundes Zahnärztekammer zur Bundestagswahl:

#### BZÄK erwartet neue Impulse für die Gesundheitspolitik

Neue Impulse für die Gesundheitspolitik erwarten Deutschlands Zahnmediziner nach dem Wahlergebnis vom Sonntag. „Wir gratulieren den Wahlsiegern von Union und FDP“, erklärte der Präsident der Bundes Zahnärztekammer (BZÄK), Dr. Peter Engel, am Sonntagabend. Dieser Wahlerfolg sei auch ein Signal für die überfällige Anpassung des Gesundheitswesens an die Realitäten hierzulande. Konkret erwarte er den von Bundeskanzlerin Merkel vor der Wahl angekündigten konstruktiven Dialog von Politik und Berufsstand zur

nachhaltigen Neustrukturierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ). Die Selbstverwaltung der Ärzte und Zahnärzte müsse als starke Interessenvertretung ihrer Mitglieder erhalten bleiben. Insgesamt müsse das deutsche Gesundheitssystem den neuen nationalen und europäischen Realitäten angepasst werden. Die deutsche Zahnärzteschaft stehe für entsprechende Gespräche mit ihrer Fachkompetenz zur Verfügung.

Quelle: Pressemeldung der BZÄK vom 28. September 2009